Amtsblatt

Für öffentliche Bekanntmachungen

Herausgabe
Verlag und Druck:
Stadt Ludwigshafen am Rhein
(Bereich Kommunikation
und Beteiligung)
Postfach 21 12 25
67012 Ludwigshafen am Rhein
www.ludwigshafen.de

Verantwortlich: Sigrid Karck
Ausgabe - Nr.: 51/2025
ausgegeben am: 15. August 2025

Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473,475) sowie der §§ 2 Abs. 3, 5 Abs. 2 und 6 Abs. 1 des Bestattungsgesetzes von Rheinland-Pfalz (BestG) vom 04.03.1983 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GVBl. S. 341), erlässt die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf Beschluss des Stadtrates vom 30.06.2025 folgende Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung vom 14.12.2020.

§ 1

§ 2 der Satzung, Abs. 4 wird neu hinzugefügt:

(4) Friedhöfe sind eine öffentliche Einrichtung der Stadt Ludwigshafen und sind in Ihrer Hauptfunktion Bestandteil der Daseinsvorsorge. Die Friedhöfe nehmen aufgrund ihres Grünanteils wichtige Umwelt- und Naturschutzfunktionen im Interesse der Allgemeinheit wahr. Die Friedhöfe erfüllen außerdem kulturhistorische und soziale Funktionen und haben eine Erholungs- und Wirtschaftsfunktion.

§ 2

§ 5 der Satzung, Abs. 3, Nr. 1 wird wie folgt neu gefasst:

1. mit Fahrzeugen aller Art zu fahren. Dies gilt nicht für Rollstühle, für Rettungs- und Krankenfahrzeuge, Dienstfahrzeuge und Dienstfahräder der Stadtverwaltung, sowie Fahrzeuge der Gewerbetreibenden und sonstige berechnigte Personen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 7,5 t,

§ 5 der Satzung, Abs. 3 Nr. 10 wird neu hinzugefügt:

10. den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen.

§ 5 der Satzung, Abs. 3 S. 2 wird wie folgt ergänzt:

Die Bestimmungen in Abs. 3 Nr.2, 9 und 10 gelten auch für die Friedhofszugänge.

§ 3

§ 6 der Satzung, Abs. 1, wird wie folgt geändert:

(1) Dienstleistungserbringer haben die Aufnahme Ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen. Das Verfahren kann über einen einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des 1. Landesgesetzes zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der jeweils gültigen Fassung abgewickelt werden.

§ 6 der Satzung, Abs. 3 bis Abs. 7 erhalten folgende Fassungen:

(3) Zugelassene Gewerbetreibende erhalten eine Berechtigungskarte. Diese ist dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen. Für die Zufahrt zu den Friedhöfen wird eine, für das Kalenderjahr gültige Einfahrtsberechtigung ausgestellt.

(4) Dienstleistungen dürfen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) durchgeführt werden.

An Samstagen darf nach 12 Uhr nur mit besonderer Erlaubnis der Friedhofsverwaltung gearbeitet werden. Die Friedhofsverwaltung kann außerdem anordnen, dass an bestimmten Tagen oder zu bestimmten Stunden gewerbliche Arbeiten nicht ausgeführt werden dürfen. Bestattungen und Trauerfeiern dürfen durch gewerbliche Arbeiten nicht gestört werden.

(5) Dienstleistungserbringer dürfen die Friedhofswege nur zur Ausübung ihrer Tätigkeit mit dafür in Bezug auf Größe und Gewicht (§ 5 Abs. 3 Nr.1) geeigneten Fahrzeugen im Schrittempo befahren. Das Befahren bestimmter Wege kann untersagt werden.

(6) Die für die Arbeiten erforderlichen Baumaterialien, Maschinen und Geräte dürfen nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird. Erde und sonstige Materialien sind nur auf den dafür bestimmten Lagerplätzen getrennt zu entsorgen.

(7) Die in den Grababteilungen aufgestellten Abfallbehältnisse sind nur für Friedhofsbesucher vorgesehen und dürfen durch die Dienstleistungserbringer nicht benutzt werden. Von Dienstleistungserbringern abgeräumte Grabmale, Einfassungen und Fundamente dürfen nicht auf den Friedhöfen entsorgt werden.

§ 6 der Satzung, Abs. 8, wird neu hinzugefügt:

(8) Gewerbliche Abfälle, die außerhalb der Friedhöfe anfallen, dürfen nicht zur Entsorgung auf die Friedhöfe verbracht werden.

§ 4

§ 7 der Satzung, Abs. 1 wird ohne Nummerierung neu gefasst:

Die besondere Zulassung zur Ausübung gewerblicher Arbeiten kann entzogen werden, wenn die Voraussetzungen des § 6, Abs. 2 nicht mehr vorliegen und die Gewerbetreibenden trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung gegen die Bestimmungen der Friedhofssatzung verstoßen.

§ 7 der Satzung, Abs. 2 entfällt.

§ 5

§ 8 der Satzung, Abs. 1, wird neu gefasst:

(1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung zu beantragen. Der Antragstellung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.

§ 6

§ 9 der Satzung, Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

(1) Die Friedhofsverwaltung setzt Zeit und Ort der Bestattung im Benehmen mit den Beteiligten fest. Die Bestattungen erfolgen regelmäßig montags bis freitags.

§ 9 der Satzung, Abs. 3 entfällt

§ 7

§ 10 erhält eine neue Bezeichnung:

§ 10 Benutzung der Trauerhallen und Friedhofseinrichtungen

§ 10 der Satzung, Abs. 1 bis 3 werden wie folgt neu gefasst:

(1) Die Friedhofsverwaltung stellt in den Friedhöfen Trauerhallen für Trauerfeiern zur Verfügung, sowie unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten Aufbahrungs- und Kühlräume.

(2) Angehörige können grundsätzlich die verstorbene Person in Aufbahrungsräumen nach Terminvereinbarung mit der Friedhofsverwaltung während der Dienstzeiten in Begleitung eines Mitarbeitenden der Friedhöfe Ludwigshafen aufsuchen.

(3) Der leichenschauenden Ärztin, dem leichenschauenden Arzt und von diesen hinzugezogenen Helferinnen und Helfern, Mitarbeitende der Gerichte und der Staatsanwaltschaft, sowie Polizeibediensteten ist der Zutritt zu den Aufbahrungsräumen und Kühlzellen in Ausübung ihres Dienstes gestattet.

§ 10 der Satzung Abs. 4 wird wie folgt neu hinzugefügt:

(4) Bestattungsinstitute, die Verstorbene außerhalb der Dienstzeiten überführen, haben die Todesbescheinigung der verstorbenen Person, den Namen und die Anschrift des anliefernden Bestattungsinstitutes sowie den Anlieferungszeitpunkt zu hinterlassen.

§ 8

§ 11 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

(1) Bestattungen sind in den Friedhöfen ausschließlich von der Friedhofsverwaltung vorzunehmen.

Dazu gehören insbesondere

- *das Einstellen der Leichen in die Trauerhallen,*
- *der Transport der Särge und Urnen zu den Gräbern,*
- *die Beisetzung mit den vorbereitenden und abschließenden Arbeiten,*
- *der Transport der Kränze und Gebinde zu den Gräbern.*

§ 11 der Satzung, Abs. 2 bis 5 werden wie folgt neu eingefügt:

(2) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen

(3) Für den Zeitraum der Bestattung gelten die gesetzlichen Vorschriften.

(4) Urnen müssen spätestens 4 Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden, andernfalls werden sie auf Kosten des Bestattungspflichtigen durch Anordnung der Örtlichen Ordnungsbehörde in einer Urnenreihengrabstätte beigesetzt.

(5) Die Friedhofsverwaltung als Ordnungsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

§ 9

§ 12 der Satzung, Abs. 1 wird wie folgt ergänzt:

(1) Die Gräber sind so tief auszuheben, dass der Zwischenraum zwischen der Oberkante des Sarges und der Erdoberfläche (ohne Grabhügel) mindestens 0,80 m beträgt. Eine tiefere Ausschachtung um einen zweiten Sarg beisetzen zu können, ist möglich, je nach Bodenbeschaffenheit.

§ 12 der Satzung, Abs. 4 wird wie folgt ergänzt:

(4) Ist die Grabherstellung in einem bestehenden Grab durch Gehölze und deren Wurzeln erschwert, muss im Einzelfall durch die Friedhofsverwaltung entschieden werden, ob eine Bestattung in diesem Grab stattfinden darf.

§ 10

§ 13 der Satzung, Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

(4) Die Säрге, die Sargausstattung, die Bekleidung der verstorbenen Person, die Urnen oder Überurnen müssen so beschaffen sein, dass sie die Verwesung bzw. Zersetzung innerhalb der Ruhefrist ermöglichen. Insbesondere dürfen die Inhaltsstoffe nicht die Beschaffenheit des Bodens, des Grundwassers oder der Luft nachteilig verändern.

Bei Beisetzungen in Urnenstelen und Urnenmauern können Materialien verwendet werden, die sich nicht zersetzen.

§ 13 der Satzung, Abs. 5 wird gestrichen

§ 13 der Satzung, Abs. 6 wird zu Abs. 5

§ 11

§ 16 der Satzung, Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Das Nutzungsrecht an einer Grabstätte wird von der Friedhofsverwaltung auf Antrag verliehen. Nutzungsberechtigte Person kann nur eine natürliche Person sein. Der Erwerb eines Nutzungsrechts für gewerbliche Zwecke ist nicht erlaubt. Die Verleihung des Nutzungsrechts wird erst nach Zahlung der durch die Friedhofsgebührensatzung festgesetzten Gebühr rechtswirksam. Über den Erwerb des Nutzungsrechts wird eine Urkunde ausgestellt.

§ 16 der Satzung, Abs. 4 wird neu hinzugefügt:

(4) Eine Bestattung darf nur stattfinden, wenn ein Nutzungsrecht mindestens für die Dauer der Ruhezeit besteht oder erworben wird. Wahl – und Partnergrabstätten müssen verlängert werden, sollte die verbleibende Nutzungsdauer die Ruhezeit der beizusetzenden Person nicht umfassen.

§ 16 der Satzung, Abs. 5 wird wie folgt ergänzt:

(5) Es besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung. Beeinträchtigungen durch Bäume oder Anpflanzungen sind zu dulden.

§ 16 der Satzung, Abs. 4 wird zu Abs. 6.

§ 16 der Satzung, Abs. 5 wird zu Abs. 7.

§ 12

§ 17a der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 17a Reihengräber in gärtnerbetreuten Grabfeldern

§ 17a der Satzung, Abs. 1 und 2 werden wie folgt neu gefasst:

- (1) *Es werden Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen in Reihen- und Partnergräbern durchgeführt.*
- (2) *Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Vertrags mit externen Dienstleistern über die Dauergrabpflege und die Errichtung eines Grabmales.*

§ 13

§ 18 der Satzung, Abs. 4, Nr. 1 wird das Wort Beisetzung durch das Wort Bestattung ersetzt.

§ 18 der Satzung, Abs. 4, Nr. 2 wird das Wort Urnenreihengrabstätten durch das Wort Urnenpartnergrabstätten ersetzt.

§ 14

§ 18a der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 18a Partnergräber in gärtnerbetreuten Grabfeldern

§ 18a der Satzung, werden die Abs. 1 und 2 wie folgt neu gefasst:

- (1) *Es werden Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen in einstelligen Grabstätten durchgeführt. Die Lage der Partnergräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.*
- (2) *Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Vertrages mit externen Dienstleistern über die Dauergrabpflege und die Errichtung eines Grabmales. Wird die Erdbestattung oder Urnenbeisetzung bei der Friedhofsverwaltung beantragt, ist dieser Vertrag vorzulegen.*

§ 15

§ 19 der Satzung, Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

- (1) *Die Wahlgrabstätten werden angelegt als*

1. *Wahlgräber für Erdbestattungen*
2. *Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen*
3. *Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen in*
 - a) *in Urnenmauernischen,*
 - b) *in Urnenstelen,*
 - c) *in Urnengemeinschaftsgrabanlagen an einer Sandsteinstele,*
 - d) *in Urnengemeinschaftsgrabanlagen an einer historischen Mauer,*
 - e) *in Urnengemeinschaftsgrabanlagen in historischen Grabstätten.*
4. *Wahlgrabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen.*

- 5. *Wahlgräber für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen in Bestattungsfeldern – Mensch-Tier.*
- 6. *pflegeleichte Kräuterrasengräber für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen.*

§ 19 der Satzung, Abs. 2 wie folgt neu gefasst:

- (2) *Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen. Auf schriftlichen Antrag wird ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen, dieses ist verlängerbar. Zur Vorsorge kann ein Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte auch ohne einen Sterbefall erworben werden. Die Lage der Wahlgräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.*

§ 19 der Satzung, Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

- (5) *Das Nutzungsrecht kann auf schriftlichen Antrag verlängert werden. Dem Antrag wird nur stattgegeben, wenn das Wahlgrab ordnungsgemäß angelegt und unterhalten, sowie die Nutzungsgebühr vollständig bezahlt worden ist. Die Verlängerung erstreckt sich auf die gesamte Grabstätte.*

§ 16

§ 20 der Satzung, Abs. 1 bis 3, 5 und 6 werden wie folgt neu gefasst:

- (1) *In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. Nr. 1 können zwei Leichen übereinander (tiefe Ausschachtung bei der ersten Bestattung erforderlich) und bis zu vier Urnen beigesetzt werden.*
- (2) *In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 können bis zu vier Urnen beigesetzt werden.*
- (3) *In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Erdbestattungen können zwei Leichen übereinander (tiefe Ausschachtung bei der ersten Bestattung erforderlich) beigesetzt oder eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.*
- (5) *In einer Urnenmauernische, Urnenstele und in Urnengemeinschaftsgrabanlagen können bis zu zwei Urnen beigesetzt werden.*
- (6) *In einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld können in ausgewiesenen Flächen:*
 - 1. *zwei Leichen übereinander (tieferer Ausschachtung bei der ersten Bestattung erforderlich) oder in Ausnahmefällen eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.*
 - 2. *eine Urne beigesetzt werden.*

§ 20 der Satzung, Abs 9 entfällt

- (8) *Ausnahmen von der Belegung können von der Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen zugelassen werden*

§ 20 der Satzung, Abs. 10 wird Abs. 9.

§ 17

§ 21 der Satzung, Abs. 1 und 2 werden wie folgt neu gefasst:

- (1) *Die nutzungsberechtigte Person hat im Rahmen der Friedhofsatzung das Recht, Verstorbene in dem Wahl- oder Partnergrab bestatten zu lassen und nach seinem Ableben in diesem Grab bestattet zu werden. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und Pflege des Grabes entsprechend der Würde des Ortes*

(2) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll die nutzungsberechtigte Person für den Fall ihres Ablebens ihre Nachfolgerin oder ihren Nachfolger bestimmen. Wird bis zu ihrem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf Angehörige der verstorbenen nutzungsberechtigten Person mit deren Zustimmung über:

- 1. überlebender Ehegatte bzw. eingetragener Lebenspartner*in,*
- 2. Kinder,*
- 3. Enkelkinder,*
- 4. Geschwister,*
- 5. Eltern,*
- 6. die nicht unter Nr. 1 bis 5 fallenden Erben.*

§ 21 der Satzung, Abs. 3 entfällt.

§ 21 der Satzung, Abs. 4 wird zu Abs. 3 und wie folgt neu gefasst:

(3) Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Wahlgrabstätten kann jederzeit, an belegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Ein Verzicht ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Bei der Rückgabe des Nutzungsrechtes wird die entrichtete Gebühr nicht zurückerstattet.

§ 21 der Satzung, Abs. 5 wird zu Abs. 4:

§ 21 der Satzung, Abs. 6 wird zu Abs. 5 und wie folgt neu gefasst:

(5) Beim Tausch von Wahl- und Partnergräbern sind die Absätze 1 bis 4 entsprechend anzuwenden, die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, Ausnahmen zu zulassen.

§ 18

§ 22 der Satzung, Abs. 1 wird um Nr. 4 ergänzt:

(1) Das Nutzungsrecht erlischt

- 1. durch Ablauf der Nutzungszeit oder*
- 2. durch Entzug des Nutzungsrechtes oder*
- 3. durch Ablauf des Dauergrabpflegevertrages bei einer Grabstätte i. S. d. § 18 a oder*
- 4. bei Wahlgrabstätten mit schriftlichem Verzicht nach Ablauf der Ruhezeit der letztverstorbenen Person.*

§ 22 der Satzung, Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

Das Nutzungsrecht kann entzogen werden, wenn Gebühren und sonstige Forderungen nicht bezahlt werden.

§ 22 der Satzung, Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Vor dem Entzug muss die nutzungsberechtigte Person schriftlich gegen Zustellungsnachweis benachrichtigt werden. Ist die nutzungsberechtigte Person unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine einmalige öffentliche Aufforderung in ortsüblicher Weise.

§ 19

§ 23 der Satzung, Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) Frühestens drei, spätestens sechs Monate nach der Bestattung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts ist die Grabstätte gärtnerisch anzulegen.

§ 20

§ 25 der Satzung, Abs. 1 bis 4 werden gestrichen

§ 25 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

Es gibt auf den Friedhöfen in Ludwigshafen einzelne Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften. Die Grabmale, Grabeinfassungen, Grababdeckungen und sonstige Grabausstattungen müssen in Ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung den festgelegten Anforderungen (siehe Anlagen 1-8) entsprechen. Diese Anlagen sind Bestandteil dieser Friedhofssatzung.

§ 21

§ 27 der Satzung, Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Bei Grabstätten an Friedhofsmauern dürfen keine Wandplatten angebracht werden.

§ 22

§ 29 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

- (1) Die Grabmale werden einmal jährlich durch die Friedhofsverwaltung entsprechend der Anleitung für die jährliche Standsicherheitskontrolle des Bundesverbandes Deutscher Friedhofsverwalter nach der Frostperiode überprüft.*
- (2) Über Mängel der Standsicherheit wird die nutzungsberechtigte Person schriftlich informiert. Sie ist verpflichtet, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Abhilfe zu treffen. Werden die Mängel nicht innerhalb einer gesetzten Frist behoben, erfolgt ein zweites Anschreiben mit erneuter Fristsetzung. Bei erneutem Verstreichen dieser Frist wird durch die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen auf Kosten der nutzungsberechtigten Person ein verkehrssicherer Zustand herbeigeführt.*

§ 23

§ 30 der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 30 Verkehrssicherungspflicht für Grabmale und bauliche Anlagen

§ 30 Abs.1 wird wie folgt neu gefasst:

(1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen, sowie die Platten der Abstandsflächen sind in verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist hierfür die nutzungsberechtigte Person.

§ 30 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

(5) Für alle Schäden, die durch nicht fachgerechte Ausführung der Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen entstehen, haftet die nutzungsberechtigte Person.

§ 24

§ 31 der Satzung Abs. 1 und 2 werden wie folgt neu gefasst:

- (1) *Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale und Einfassungen durch die nutzungsberechtigte Person nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.*
- (2) *Nach Ablauf oder Verzicht der Nutzungszeit bei Wahl- und Partnergrabstätten oder nach der Entziehung des Nutzungsrechts sind innerhalb von 6 Wochen die baulichen Anlagen zu entfernen. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person räumen zu lassen.*

§ 31 der Satzung Abs. 3 bis 6 werden wie folgt ergänzt:

- (3) *Die nutzungsberechtigte Person kann die Friedhofsverwaltung oder einen Dienstleistungserbringer mit diesen Arbeiten beauftragen. Auf den Ablauf des Nutzungsrechts wird schriftlich hingewiesen.*
- (4) *Das Abräumen der Grabstätte beinhaltet die Entfernung der gesamten baulichen Anlage inklusive der Fundamente, das Auffüllen des Grabes mit den auf den Friedhöfen bereit gestelltem Material und das Angleichen der Fläche an die Umgebung.*
- (5) *Auf Ablauf der Ruhezeit der Reihengrabstätten wird ortsüblich hingewiesen. 3 Monaten nach Ablauf wird die Grabstätte in der Gesamtheit abgeräumt.*
- (6) *Holt die nutzungsberechtigte Person das Grabmal und sonstige Ausstattungsgegenstände nicht innerhalb dieser drei Monate ab, werden diese als herrenlose Sachen behandelt und entschädigungslos der Verwertung und Entsorgung zugeführt*

§ 25

§ 32 der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 32 Sondergrabstätten

§ 32 der Satzung erhält folgende neue Fassung:

- (1) *Ehrengräber werden durch die Stadt zuerkannt. Die Anlage und die Unterhaltung erfolgen durch die Stadt.*
- (2) *Historisch und künstlerisch wertvolle Grabdenkmäler, die erhalten werden sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Stadt übernimmt das Nutzungsrecht an diesen Grabmälern nach Ablauf oder Rückgabe von der nutzungsberechtigten Person.*
- (3) *Denkmalgeschützte Grabstätten dürfen ohne Zustimmung der zuständigen Denkmalschutzbehörde nicht verändert oder abgebaut werden.*
- (4) *Kriegsgräber sind:*
 - *Die Ehrenfelder zum Gedenken an Opfer des ersten und des zweiten Weltkriegs*
 - *Das Ehrenfeld des deutsch-Französischen Krieges 1870/1871*
 - *Die internationalen Gedenkfelder für Zwangsarbeiter*innen im Nationalsozialismus*
- (5) *Gedenkfelder der BASF für die Opfer von Explosionen der Jahre:*
 - *1921*
 - *1948*
- (6) *Gemeinschaftsgrabstätte der Herzenskinder (nicht bestattungspflichtige Kinder und Föten)*
- (7) *Grabfelder der Schwestern des deutschen roten Kreuzes, der katholischen Schwestern der Diakonissen Speyer, der Pfarrer*

§ 26

§ 34 der Satzung, Abs. 1, Nr. 8 wird wie folgt neu gefasst:

8. als nutzungsberechtigte Person oder Dienstleistungserbringer Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen ohne vorherige Anzeige (§ 6 Abs. 1) errichtet, verändert (§ 26 Abs. 2) oder entfernt (§ 31)

§ 34 der Satzung, Abs. 1, Nr. 10 wird wie folgt neu gefasst:

10. die Bestimmungen über zulässige Gestaltung und Maße für Grabmale nicht einhält (Anlagen 1-8),

§ 34 der Satzung, Abs. 1, Nr. 11 wird wie folgt ergänzt:

11. kremierte Aschen von Haustieren in Grabstätten außerhalb der dafür bestimmten Abteilungen beigt.

§ 27

§ 35 der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 35 Begrifflichkeiten:

§ 35 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

1. Bestattung
Bei der Bestattung handelt es sich um die Übergabe des menschlichen Leichnams an die Elemente (Erde oder Feuer).
2. Beisetzung
Eine Beisetzung ist das Versenken oder Einstellen einer Urne in ein Grab.
3. Grabstelle/Grabstätte
Die Grabstelle umschreibt die kleinste Einheit der Fläche für die Beisetzung einer verstorbenen Person. Die Grabstätte bezeichnet den Standort des Grabes und kann eine oder mehrere Grabstellen beinhalten.
4. Nutzungsberechtigte Person
Nutzungsberechtigte Person ist die Person, die das Recht hat, über die Bestattung in der Grabstätte zu verfügen, in der Grabstätte selbst bestattet zu werden, über die Gestaltung der Grabstätte im Rahmen der in dieser Satzung enthaltenen und auf ihr beruhenden Vorschriften zu entscheiden und die das Recht der Pflege der Grabstätte im Rahmen dieser Satzung erhalten hat.
5. Grabnutzungsdauer
Nutzungsdauer umfasst die Zeitspanne, innerhalb derer die Grabstätte von der nutzungsberechtigten Person genutzt werden darf.
6. Ruhezeit
Ruhezeit entspricht der Totenruhe, innerhalb derer die Grabstelle in einer Grabstätte nicht erneut belegt werden darf.

7. Wahlgrab:

Eine Wahlgrabstätte unterscheidet von Reihengrabstätten grundsätzlich dadurch, dass die Lage durch die Angehörigen ausgesucht werden kann. Größe, Lage und längere Nutzungszeit zeichnen ein Wahlgrab aus.

8. Reihengrab:

Reihengräber werden der Reihe nach vergeben und sind nicht verlängerbar.

§ 28

§ 35 der Satzung wird zu § 36 und wird wie folgt neu gefasst:

Die Satzung tritt am 01.07.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein vom 14.12.2020 außer Kraft.

§ 29

Anlage 2 erhält eine neue Bezeichnung:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnengemeinschaftsgrabanlage an der Sandsteinstele

Satz 1 und 2 werden gestrichen.

§ 30

Anlage 3 wird wie folgt neu gefasst:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für Urnengemeinschaftsgrabanlagen an der historischen Mauer oder im historischen Grab

- (1) *Die Urnengemeinschaftsgrabanlagen sind mit Naturstein eingefasst und durch die Friedhofsverwaltung bepflanzt.*
- (2) *Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten eine Grabstätte für zwei Urnenbeisetzungen in einer Edelstahlröhre zur Verfügung.*
- (3) *Die Urnenerdröhre hat einen Innendurchmesser von 25 cm. Nach unten ist sie offen und mit der Erde verbunden, das Vergehen der Urnen ist somit gewährleistet. Über die erste beigesetzte Urnen wird ein Zwischenboden eingesetzt, so dass eine zweite Urne beigesetzt werden kann. Verschluss wird die Urnenerdröhre mit einer Verschlussplatte aus Metall und einer Granitplatte.*
- (4) *Die Namensnennung der verstorbenen Personen kann durch die nutzungsberechtigte Person auf der Granitplatte des Grabes oder mit einer Plakette der Größe 10*15 cm an einer gemeinschaftlichen Natursteinstele erfolgen.*
- (5) *Als gemeinschaftliche Ablagefläche steht eine Natursteinplatte zur Verfügung. Auf die Grabstätte selbst darf nichts abgelegt oder gepflanzt werden, die Pflanzung darf nicht betreten werden.*
- (6) *Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör oder Pflanzungen zu entfernen und zu entsorgen. Die Pflege, Gestaltung und Verkehrssicherheit der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.*

§ 31

Anlage 4 erhält eine neue Bezeichnung:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für naturnahe Bestattungsfelder (Baumbestattungen vor dem 31.12.2020)

Satz 1 und 2 werden gestrichen.

§ 32

Anlage 5 wird wie folgt ergänzt:

Gestaltung der Grabmale in Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften L1 und D5C auf dem Hauptfriedhof

- (1) Die Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung den nachstehenden Anforderungen entsprechen:
Für Grabmale dürfen nur Natursteine oder Holz oder geschmiedetes oder gegossenes Metall verwendet werden.
Findlinge, findlingsähnliche, unbearbeitete, bruchraue, grellweiße und tiefschwarze Steine sind nicht zugelassen.
- Bei der Gestaltung und Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:
1. Alle Steine müssen allseitig und gleichmäßig bearbeitet sein,
 2. alle Bearbeitungsarten sind zulässig, außer Politur
 3. Politur ist nur als gestalterisches Element für Ornament und Schrift erlaubt, sofern sie nicht überwiegt
 4. die Grabmale müssen aus einem Stück hergestellt sein, sie dürfen keine Sockel haben
 5. nicht zugelassen sind alle nicht aufgeführten Materialien, Zutaten, Gestaltungs- und Bearbeitungsarten, insbesondere Beton, Glas, Emaille, Kunststoff, Lichtbilder, Gold, Silber, Bronze und Farben
 6. Grabeinfassungen und Grababdeckungen sind nicht zugelassen.
- (2) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:
1. Stehende Grabmale
 - a) bei einstelligen Gräbern:
Höhe 0,80 bis 1,20 m, Breite bis 0,60 m, Mindeststärke 0,18 m;
 - b) bei mehrstelligen Gräbern:
Höhe 1,00 bis 1,20 m, Breite bis 1,40 m, Mindeststärke 0,18 m.
 2. Liegende Grabmale
 - a) bei einstelligen Gräbern:
Breite bis 0,60 m, Länge 0,70 bis 0,90 m, Höhe 0,14 m bis 0,30 m;
 - b) bei mehrstelligen Gräbern:
Breite bis 0,75 m, Länge 0,80 bis 1,20 m, Höhe 0,14 bis 0,30 m.
- (3) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Urnenbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:
1. Stehende Grabmale mit quadratischem oder rundem Grundriss 0,40 x 0,40 m, Höhe 0,80 bis 1,20 m;
 2. Liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höchstmaß 0,70 x 0,70 m, Höhe der hinteren Kante 0,16 m

§ 33

Anlage 6 wird wie folgt ergänzt:

Gestaltung der Grabstätten in den Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften **B links B rechts und B MAU auf dem Hauptfriedhof**

- (1) *Diese Abteilungen befinden sich in einer Denkmalzone. Es finden sich dort viele historische Grabstätten und Ehrengräber der Stadt Ludwigshafen, angrenzend liegen Gedenkfelder der Kriegsgräber. Es ist in hervorgehobener Weise auf die Würde des Ortes und die einheitliche Gestaltung entsprechend der umgebenden Gräbern zu achten.*
- (2) *Bei der Gestaltung sind daher folgende Vorschriften einzuhalten:*
 - *Einfassung aus Naturstein, Stärke mind. 8 cm, sind anzulegen*
 - *Abdeckungen aus Naturstein dürfen max. 2/3 des Grabes bedecken, die restliche Fläche ist gärtnerisch anzulegen*
 - *Pflanzungen dürfen 1,80 m Höhe nicht überschreiten und benachbarte Gräber nicht beeinträchtigen*
 - *Holzkreuze sind spätestens 1 Jahr nach der Bestattung zu entfernen.*
 - *LED-Leuchten oder LED-Kerzen dürfen nicht aufgestellt werden.*
- (3) *Folgende Materialien dürfen als Abdeckung der Pflanzfläche oder als Grabschmuck nicht verwendet werden:*
 - *Rindenmulch*
 - *Kunststoffgewebe*
 - *Kiese oder Splitte*
 - *Kunststoffe*
 - *Glas*

§ 34

Anlage 7 wird wie folgt ergänzt:

Gestaltung der Grabstätten pflegeleichtes Kräuterrasengrab

- (1) *In einem pflegeleichten Kräuterrasengrab können zwei Säрге übereinander (tiefere Ausschachtung bei der ersten Bestattung notwendig) und zwei Urnen beigesetzt werden.*
- (2) *Die Sargbeisetzungen finden in einer Rasenfläche statt, die Urnenbeisetzungen in der an die Rasenfläche anschließenden Pflanzfläche.*
- (3) *Auf einem vorgegebenen Fundament innerhalb der Pflanzfläche ist ein individuell gestaltetes Grabmal mit einer max. Grundfläche von 40x40 cm, stehend oder liegend, zu errichten.*
- (4) *Vor dem Grabmal steht der nutzungsberechtigten Person eine Fläche von ca. 50x40 cm zur individuellen Bepflanzung zur Verfügung. Wird diese Möglichkeit nicht genutzt, wird die Fläche entsprechend der umgebenden Pflanzfläche von der Friedhofsverwaltung gestaltet und gepflegt.*

§ 35

Anlage 8 wird wie folgt ergänzt:

Gestaltung der Grabstätten in den Abteilungen für Mensch und Tier Bestattungen

- (1) *In festgelegten Abteilungen finden sich Erd- und Urnenwahlgrabstätten (siehe § 19), sowie Partnergrabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen (siehe § 18), wenn die Planung dies ermöglicht. Die Belegung nach § 20, Abs. 1-4 gilt entsprechend.*
- (2) *Haustiere können ausschließlich in Grabstätten dieser Abteilungen als kremierte Asche in verrottbaren Aschekapseln und Überurnen beigegeben werden.*
- (3) *Bei der Gestaltung der Grabstätte darf das verstorbene Tier in der Wahrnehmung nicht über die verstorbene Person gesetzt werden.*

§ 36 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt mit dem Tag ihrer Verkündung in Kraft.

Ludwigshafen am Rhein, den 30.06.2025
Stadtverwaltung

gez.
Jutta Steinruck
Oberbürgermeisterin

Satzung zur Änderung der Satzung
über die Erhebung einer Gebühr für die Benutzung der Friedhöfe und
Bestattungseinrichtungen der Stadt Ludwigshafen am Rhein;
(Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung)
vom 17.12.2020

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473,475), in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.02.2025 (GVBl. S. 62), erlässt die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf Beschluss des Stadtrates vom 30.06.2025 folgende Satzung:

§ 1

Die Anlage zur Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung vom 17.12.2020 wird unter Punkt „III. Überlassung von Grabnutzungsrechten“ geändert und wie folgt neu gefasst:

III. Überlassung von Grabnutzungsrechten

1. Erwerb eines 30jährigen Nutzungsrechtes an einem einstelligen Wahl- und Partnergrab für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen
 - 1.1 Wahlgrab für Erdbestattungen 2.165,00 EUR
 - 1.2 Wahlgrab für Erdbestattungen Mensch und Tier 2.242,00 EUR
 - 1.3 Wahlgrab für Erdbestattungen –Kräuterrasengrab- 4.235,00 EUR
 - 1.4 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen 1.603,00 EUR
 - 1.5 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier 1.680,00 EUR
 - 1.6 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnenmauernischen
 - 1.6.1 auf dem Hauptfriedhof 3.340,00 EUR
 - 1.6.2 auf dem Friedhof Mundenheim 2.839,00 EUR
 - 1.7 Partnergrab für Erdbestattungen 2.076,00 EUR
 - 1.8 Partnergrab für Erdbestattungen Mensch und Tier 2.153,00 EUR
 - 1.9 Partnergrab für Urnenbeisetzungen 1.491,00 EUR
 - 1.10 Partnergrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier 1.568,00 EUR
 - 1.11 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnenstelen 3.340,00 EUR
 - 1.12 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnengemeinschaftsanlagen 2.520,00 EUR
 - 1.13 Wahlgrab für Urnenbeisetzung in historischem Grab oder an einer historischen Mauer 3.510,00 EUR
 - 1.14 Wird das Nutzungsrecht an einem mehrstelligen Wahlgrab erworben, so ist das jeweils Mehrfache der unter den Ziff. 1.1 – 1.10 genannten Beträge zu entrichten.
 - 1.15 Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/30 der unter Ziff. 1.1 bis 1.13 genannten Beträge zu entrichten. Ziff. 1.14 gilt entsprechend.
 - 1.16 Bei einem mehrstelligen Wahlgrab ist die Verlängerung des Nutzungsrechtes nur für den gesamten Grabplatz möglich. Ziff. 1.1 – 1.15 gelten entsprechend.
2. Erwerb eines 25jährigen Nutzungsrechtes an einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld
 - 2.1 Erdgrabstätte 2.828,00 EUR
 - 2.2 Urnengrabstätte 1.864,00 EUR
 - 2.3 Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/25 der unter Ziff. 2.1 und 2.2 genannten Beträge zu entrichten.

3.	Rückgabe des Nutzungsrechtes an Wahlgräbern und Partnergräbern	
3.1	Verwaltungskosten (für jede Grabauflösung)	77,00 EUR
4.	Abräumung von Wahl- und Partnergräbern	
4.1	Abräumung eines Erdwahl- oder Erdpartnergrabes	381,00 EUR
4.2	Abräumung eines Urnenwahl- oder Urnenpartnergrabes	269,00 EUR
4.3	Abräumung einer Urnennische in einer Mauer oder Stele	198,00 EUR
4.4	Abräumung eines Wahlgrabs in einer Urnengemeinschaftsanlage oder einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld	88,00 EUR
4.5	Bei Abräumung von mehrstelligen Familiengräbern erhöhen sich Beträge der Ziffern 4.1 – 4.3 um jeweils die Hälfte	
	Bei Gräbern, die nach dem 01.01.2010 erworben wurden, werden die Gebühren zum Zeitpunkt der Beantragung des Grabnutzungsrechts erhoben und bei der Abräumung durch den Nutzungsberechtigten zurückerstattet.	
	Bei den Ziffern III. 4.1 bis III. 4.5 handelt es sich um Nettobeträge zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.	
5.	Erwerb eines 20jährigen Nutzungsrechtes an einem Reihengrab	
5.1	Reihengrab für Erdbestattungen	
5.1.1	Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	1.095,00 EUR
5.1.2	Kinder bis zu 6 Jahren	383,00 EUR
5.2	Reihengrab für Urnenbeisetzungen	750,00 EUR

.....

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt mit dem Tag ihrer Verkündigung in Kraft.

Ludwigshafen am Rhein, den 02.07.2025

Stadtverwaltung

gez.

Jutta Steinruck

Oberbürgermeisterin

Ausschreibungen der Stadt Ludwigshafen

Öffentliche Ausschreibungen der Stadt Ludwigshafen finden Sie ab sofort unter

www.auftragsboerse.de.

Dort können Sie alle Ausschreibungsunterlagen kostenlos abrufen!

Es ist Ziel der Stadt Ludwigshafen die Umsetzung der elektronischen Vergabe weiter zu stärken.

Um die Vergabevorgänge zwischen Auftraggeber und Bietern möglichst einfach und effizient zu gestalten, hat sich die Stadt Ludwigshafen der neuen und optimierten E-Vergabepattform der Metropolregion Rhein-Neckar angeschlossen.